



Medienkommentar

# Russische Oppositionelle kritisieren Umsturz in Ukraine



**Russische Oppositionelle haben in einem Schreiben an den US-Präsidenten Obama, die Rolle des Westens beim Umsturz in der Ukraine heftig kritisiert.**

Russische Oppositionelle haben in einem Schreiben an den US-Präsidenten Obama, die Rolle des Westens beim Umsturz in der Ukraine heftig kritisiert. Die Vorsitzende der Putin-kritischen Partei „Volya“ hat in einem offenen Brief an das amerikanische Staatsoberhaupt ein sofortiges Ende des „Kampfes um neue Territorien und Ressourcen“ unter dem Deckmantel der Demokratieförderung verlangt. Hier einige Auszüge aus der Stellungnahme der Volya-Chefin Swetlana Peunova: „Meiner Ansicht nach mischt sich Ihr Staat unter dem Deckmantel der Demokratie in die inneren Angelegenheiten der Ukraine ein“. Die Glaubwürdigkeit und Volksnähe der agierenden Oppositionsführer auf dem Maidan sei dringend zu hinterfragen, denn die oppositionellen Kräfte seien „offenkundig in speziellen Camps ausgebildet worden, oder Führer anderer farbiger Revolutionen“, schreibt sie weiter. „Wir sind der Meinung, dass Klitschko, Jatsenjuk, Tjagnibok und die übrigen nichts mit dem ukrainischen Volk zu tun haben!“, folgert die russische Politikerin und ergötzt: „Die Maidan-Führer versuchen es nicht zu verbergen, dass ihre Tätigkeit durch verschiedene US- und EU-Institutionen und Departements finanziert wird“.

Klitschkos Partei „UDAR“ sei durch den deutschen Konrad-Adenauer Fonds gegründet worden und werde vom US State Department und von der staatlichen Agentur USAID subventioniert. Mächtige US-Institutionen für „internationale Demokratieförderung“ wie das IRI, das NDI und der NED seien als Geldgeber ebenfalls in den gewaltsamen Putsch an der ukrainischen Regierung verwickelt, prangert Peunova an.

Der offene Brief der russischen Oppositionspolitikerin an Obama schliesst mit klaren Worten: „Durch das Einmarschieren Ihrer Truppen und durch das Fördern Ihrer Günstlinge streben Sie nach neuen Territorien und Ressourcen. Die Ukraine grenzt an Russland. Für die Bürger Russlands sind die Ansprüche des Westens auf unser Territorium seit langem bekannt. Ich glaube, dass die Situation in der Ukraine nur ein weiterer Schritt in Richtung der Grenzen Russlands und zu Ihrem Ziel der Weltherrschaft ist.“

Meine Damen und Herren, in unseren Medien werden solche Aussagen in der Regel als Propaganda aus dem Umfeld Wladimir Putins verunglimpft. Dieser Brief legt jedoch nahe, dass auch seine Gegner dieselbe Sprache sprechen.

von ss

## Quellen:

Offener Brief von Swetlana Peunova an Barack Obama: <http://volya-naroda.ru/news/read/?id=1522>

---

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Ukraine - [www.kla.tv/Ukraine](http://www.kla.tv/Ukraine)

#UkraineKonflikt - Aktuelle Ereignisse in der Ukraine - [www.kla.tv/UkraineKonflikt](http://www.kla.tv/UkraineKonflikt)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.